

Waffenstillstands- und Friedens-Verhandlungen. (Politische Uebersicht.)

Als Oesterreich in voriger Woche die beantragte dreitägige Waffenruhe ablehnte, wurde von Wien aus gemeldet: nicht bloß die Waffenruhe, sondern alle Friedensverhandlungen seien zurückgewiesen worden.

Diese Meldung war in Betreff der Friedensverhandlungen voreilig: die Stimmung der österreichischen Regierung scheint allerdings in voriger Woche noch sehr kriegerisch gewesen zu sein, — und möglicher Weise hätte sie damals alle Friedensvorschläge in der That kurz zurückgewiesen, wenn ihr solche schon vorgelegen hätten. Letzteres aber war noch nicht der Fall: wirkliche Friedensvorschläge wurden erst einige Tage darauf von Paris aus in Wien gemacht, — und bis dahin war die neue kriegerische Aufwallung und Begeisterung einigermaßen abgekühlt.

Die Sache lag ja bekanntlich so.

Frankreich, welches sich Oesterreich gegenüber zum Dank für Venedig zur Vermittelung eines Waffenstillstandes und Friedens bereit erklärt hatte, war demnächst bereitwillig auf Preußens Verlangen eingegangen, daß über den Waffenstillstand erst verhandelt werden solle, wenn zugleich eine gewisse Zuversicht auf erfolgreiche Friedensverhandlungen und zwar auf Grund vorläufig festzustellender Friedensbedingungen gewonnen wäre.

Vor jedem Antrag auf Waffenstillstand mußte daher eine Verständigung zwischen Preußen und Frankreich über die vorläufigen Friedensgrundlagen (Präliminarien) erreicht werden.

Diese Verständigung war in voriger Woche (als das Hauptquartier unseres Königs noch in Brünn war) so weit gediehen, daß man jeden Augenblick damit zum Abschluß und demgemäß zu den beabsichtigten Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen mit Oesterreich gelangen zu können hoffte. Nur die Schwierigkeiten der telegraphischen Verbindung durch Böhmen hatten einige Verzögerung herbeigeführt. Bei diesem Stand der Dinge, da jeden Augenblick ernste Friedensverhandlungen eintreten sollten, wurde einstweilen eine kurze vorläufige Waffenruhe von drei Tagen angeboten, innerhalb welcher voraussichtlich die bestimmteren Vorschläge von Paris nach Wien hätten gelangen können. Zu dieser einstweiligen dreitägigen Waffenruhe kam es aber nicht, weil Oesterreich Bedingungen für dieselbe stellte, welche Preußen ohne Gefährdung seiner militärischen Stellung nicht annehmen konnte.

Oesterreich wünschte offenbar die Erneuerung des Kampfes: Die Ankunft eines Theils der siegreichen Südmarmee aus Italien hatte neue Siegeszuversicht in Wien erweckt, — die Südmarmee sollte sich mit der bei Olmütz wieder gesammelten Nordarmee vereinigen, um dem preussischen Heere an der Donau entgegenzutreten. In der Zuversicht neu gewonnener Kraft zu Widerstand und Sieg wollte man in Wien vom Frieden nichts wissen: die militärische Ehre, sagte man, fordere die Erneuerung des Kampfes.

Das preussische Heer hat an seinem Theil die Ablehnung des Waffenstillstandes gewiß nicht schmerzlich empfunden, sondern mit freudiger Genugthuung seinen Siegeslauf wieder begonnen. Durch rasches Vordringen vereitelten unsere Truppen die noch bestehende Verbindung der Nordarmee mit Wien, während das preussische Heer von drei Seiten zugleich gegen die Donau vorrückte.

Die hochfliegenden zuversichtlichen Hoffnungen, denen man sich jüngst noch in Wien hingeeben, begannen wieder zu sinken, als der volle Ernst und die Gefahren des Krieges sich der Hauptstadt näherten.

Gleichzeitig trafen jetzt von Paris die Friedensvorschläge ein, über welche sich der Kaiser der Franzosen mit dem König von Preußen geeinigt hatte, sowie der Antrag auf einen fünf-tägigen Waffenstillstand, falls Oesterreich sich auf Verhandlungen über die Friedensvorschläge einzulassen bereit wäre.

Was die Friedensbedingungen betrifft, so ist das Wesen und die Richtung derselben im Allgemeinen jüngst bezeichnet worden. Bestimmtes über Ausdehnung und Maß der

einzelnen Forderungen kann für jetzt aus naheliegenden Gründen noch nicht angegeben werden.

Das preussische Volk darf zur Regierung unsers Königs das volle Vertrauen hegen, daß sie die höchsten Ziele für Preußen und Deutschland mit klarem Blick und mit fester Entschiedenheit im Auge hat.

Je schwerer König Wilhelm sich entschlossen hat, dem Lande die Lasten und Opfer des Krieges aufzuerlegen, desto gewisser kann das Volk sein, daß er die Waffen nicht aus der Hand legen wird, ohne einen gebührenden Siegespreis errungen zu haben.

Jedermann weiß ferner, daß es noch niemals einen preussischen Staatsmann gegeben hat, welcher die Ziele Preußens so hoch gesteckt hat und dieselben mit so festem entschlossenen Willen verfolgt hat, wie Graf Bismarck.

Bei den bisherigen Verhandlungen und im weiteren Verfolge derselben ist sicherlich das Bestreben maßgebend, dem preussischen Volke die vollen Früchte seiner Anstrengungen und seiner Siege zu sichern.

Eine wesentliche Grundlage der Friedensbedingungen, auf welcher Preußen von vorn herein mit Entschiedenheit bestehen mußte, ist das **Ausscheiden Oesterreichs aus dem deutschen Bunde**. Schon vor Ausbruch des Krieges hatte Preußen den deutschen Regierungen einen Plan zur Neugestaltung des deutschen Bundes mit Ausschluß Oesterreichs vorgelegt. Die glänzenden Siege, welche Preußen errungen hat, mußte unsere Regierung vor allem dazu benutzen, die lange ersehnte und vorbereitete Bundesreform zum Segen Deutschlands durchzuführen und Preußen die Stellung im neuen Bunde zu sichern, welche ihm nach dem Verhältnisse seiner Macht und seiner Leistungen für Deutschland zukommt.

Diese Forderung, welche die Machtstellung Preußens und seinen Beruf für Deutschland betrifft, überragt an durchgreifender Wichtigkeit alle sonstigen Bedingungen, welche Preußen auf Grund seiner Anstrengungen und Siege zu stellen berechtigt ist.

So wichtig die endliche volle Erwerbung Schleswig-Holsteins für Preußen, so unerläßlich die enge Verbindung und allseitige genügende Abgrenzung der beiden großen Theile Preußens ist, so ist doch das Wichtigste, daß der Fesselschnur und dem Widerstreit der Einflüsse in Deutschland ein Ende gemacht und daß die Geschicke Deutschlands unter lebendiger Theilnahme des deutschen Volkes vornehmlich in Preußens starke Hand gelegt werden.

Dies kann nur geschehen, indem Oesterreich auf den bisherigen Machteinfluß in Deutschland verzichtet. Deshalb hat Preußen diese Forderung mit dem ganzen Gewicht seiner siegreichen Erfolge geltend gemacht.

Kaiser Napoleon, welchem ein tiefes Verständniß für nationale Wünsche und Forderungen und eine gerechte Würdigung errungener Erfolge innewohnt, hat sich der Anerkennung der von Preußen gestellten Bedingung nicht verschlossen, vielmehr die von Preußen beantragten Grundlagen für die Friedensvermittlung in allem Wesentlichen angenommen.

Die zwischen Frankreich und Preußen vereinbarten Friedensvorschläge wurden durch den französischen Botschafter in Wien der österreichischen Regierung mitgeteilt und zur näheren Erwägung derselben eine Waffenruhe von fünf Tagen beantragt.

Die österreichische Regierung erklärte sich zur Inbetrachtung der Friedensvorschläge bereit und hat vor Allem in dem geforderten Ausschneiden Oesterreichs aus dem deutschen Bunde keinen Grund mehr zur Zurückweisung der Friedensbedingungen gefunden.

Die Bereitwilligkeit Oesterreichs zur Erwägung der Friedensanträge hat zu sofortigen Verhandlungen über die Waffenruhe mit österreichischen Bevollmächtigten im preussischen Hauptquartier geführt. Die Verständigung ist bald erfolgt und die Waffenruhe bereits am 22. d. M. in Kraft getreten.

Gleichzeitig dürften für den Fall der Annahme der Friedensgrundlagen seitens Oesterreichs bereits die Bedingungen eines demnächstigen wirklichen Waffenstillstandes für längere Zeit verabredet sein.

Alles Weitere aber wird davon abhängen, ob in Wien wirklich der ernste Wille zum Frieden vorhanden ist. Preußen hat jedenfalls eine Stellung gewonnen, die uns mit gleicher ruhiger Zuversicht ernstern Friedensverhandlungen oder, wenn es sein soll, der Erneuerung des Kampfes entgegen sehen läßt.

Der Vormarsch auf Wien.

Nach der Schlacht von Königgrätz hatte sich die Hauptmasse der flüchtigen österreichischen Armee auf das befestigte Lager von Olmütz zurückgezogen. Das sofortige Vorgehen der preussischen Armee in der Richtung auf Wien bewog jedoch die Oesterreicher zu dem Versuche, auch jenen Theil ihrer Streitkräfte nach der Donau hinzunehmen.

Für diesen Rückzug stand den Oesterreichern anfangs die von Olmütz über Prerau, Lundenburg u. s. w. nach Süden führende Eisenbahn zu Gebote, und es sollen in der That etwa 40,000 Mann von Olmütz nach Wien abgegangen sein.

Dem siegreichen Vorgehen der zweiten Armee gelang es jedoch, durch Besetzung von Prerau den weiteren Truppensendungen von Olmütz nach Wien Einhalt zu thun.

Am Sonntag 15. Juli wurde die (noch ganz frische) österreichische Brigade Rothkirch, welche zum Schutze jener Militärtransporte in der Gegend von Prerau aufgestellt war, von der preussischen Brigade von Malotki bei dem Orte Sobitzschau (westlich von Prerau) angegriffen und nach mehrstündigem heftigen Kampfe auf Olmütz zurückgeworfen. Die starke Stellung des Feindes wurde von den Unsern muthig erstürmt und ihm 18 Geschütze abgenommen. Von den letzteren gehörten 16 einer großen Batterie an, welche, während sie noch feuerte, von dem Westpreussischen Kürassier-Regimente Nr. 5 durch eine glänzende Attaque erobert wurde. Die andern 2 Geschütze nahm das Schlessische Kürassier-Regiment Nr. 1. Nach dem Gefechte wurden noch von Kavallerie-Abtheilungen der Division Hartmann mehrere feindliche Carres niedergedrückt und dabei 300 Mann zu Gefangenen gemacht.

Dieser Sieg setzte den Kronprinzen in den Stand, Prerau zu besetzen. So wurde den feindlichen Truppen in Olmütz der Weg auf der Eisenbahn versperrt, und es blieb ihnen für einen Abmarsch nach Süden nur noch die weiter östlich nach Ungarn führende gewöhnliche Landstraße übrig.

Um aber den Oesterreichern für den Rückzug von Olmütz nach der Donau auch diese Landstraße zu verlegen, gingen Theile der I. Armee (Prinz Friedrich Karl) am 17. bei Holiß über die March und nahmen dort Stellung. Dadurch war dem Feinde der Rückzug auf Preßburg abgeschnitten und ihm nur jenseits der kleinen Karpathen in der Richtung auf die ungarische Festung Komorn zu ein Weg übrig gelassen.

In Folge des Vorrückens beider Armeen hat das königliche Hauptquartier schon am Mittwoch, 18., Abends, von Brünn nach Nikolsburg verlegt werden können. Dort haben die neuesten Verhandlungen über den Waffenstillstand stattgefunden.

Inzwischen ist sowohl die Elbarmee unter General Serwarth von Snaym aus, wie auch die erste und zweite Armee in der Richtung auf Wien und Preßburg in raschem, unaufhaltsamen Vordringen geblieben.

Schon seit mehreren Tagen steht unser Heer im Erzherzogthum Nieder-Oesterreich dicht vor Wien und im Königreich Ungarn dicht vor Preßburg. Von den Thürmen Wiens und von den Schanzen bei Florisdorf sieht man die preussischen Wachtfeuer. An den Thoren Preßburgs hat noch am 22. ein großes Gefecht zwischen unserer 7. und 8. Division und einem österreichischen Corps von nahezu 40,000 Mann stattgefunden. Auch hier waren die Preußen glücklich: in siegreichem Vordringen standen sie im Begriff, Preßburg selbst zu besetzen, als die Mittagsstunde eintrat und mit ihr die Waffenruhe. Der Kampf mußte abgebrochen werden. Möglicherweise war es der letzte Kampf in diesem Kriege. Bis zuletzt und ohne jede Unterbrechung hat das preussische Heer seine Ueberlegenheit ruhmvoll bewährt.

Wenn es zum Frieden kommt, so schließt Preußen ihn, nachdem es seine siegreichen Waffen bis ins Herz der österreichischen Monarchie, bis unmittelbar vor die Thore der Hauptstadt getragen hat.

Noch niemals ist ein Feldzug glänzender und ruhmreicher durchgeführt worden.

Die Kriegs-Operationen in Süddeutschland

haben auch seit dem Einrücken der Preußen in Frankfurt am 16. Juli ihren ununterbrochenen und siegreichen Fortgang gehabt.

Am 18. Nachmittags besetzten unsere Truppen die beiden Residenzen Wiesbaden und Darmstadt. Da in Folge der jüngsten Kriegsergebnisse auch die südlichen Theile Kurhessens von uns besetzt sind, so begab sich am 19. der Verwalter des Kurfürstenthums, Regierungs-Präsident von Möller, nach

Hanau, um auch die Provinzen Hanau und Fulda im Namen der preussischen Regierung in förmlichen Besitz zu nehmen.

Die Stadt Frankfurt hatte sich seit langer Zeit durch feindselige und gehässige Kundgebungen gegen Preußen hervorgethan und sich zum Mittelpunkt preußenfeindlicher Wühlereien hergegeben; in Frankfurt waren gleich beim Beginn des gegenwärtigen Krieges völkerrechtswidrige Verletzungen preussischen Eigenthums und der Personen preussischer Staatsangehörigen vorgekommen. Die preussische Regierung hat deshalb, während sie sonst überall in der schonendsten Weise gegen die Bevölkerungen besiegter Staaten verfährt, keinen Anstand genommen, die Stadt Frankfurt nach erfolgter Besitzergreifung die Schwere des Kriegszustandes empfinden zu lassen und derselben erhebliche Kriegskosten (6 Millionen Gulden für den Unterhalt unserer Truppen und 25 Millionen Gulden als Kriegs-Contribution) aufzuerlegen.

General von Falkenstein hat Frankfurt verlassen, um die ihm von Sr. Majestät übertragene ehrenvolle Stellung eines General-Gouverneurs des Königreichs Böhmen einzunehmen.

Das Kommando der Main-Armee und die Regierungsgewalt über das Herzogthum Nassau, über die Stadt Frankfurt und deren Gebiet, sowie über die von Preußen besetzten Landestheile des Königreichs Bayern und des Großherzogthums Hessen ist dem General v. Manteuffel übertragen worden. Die Civil-Verwaltung führt der seither in Kurhessen thätig gewesene Landrath v. Diest.

Bei Leipzig ist ein 2. Reserve-Corps gebildet und unter das Kommando des Großherzogs Friedrich Franz von Mecklenburg-Schwerin gestellt worden. Dasselbe ist von dort am 20. ausgerückt, um ebenfalls seine Operationen in Süddeutschland zu beginnen.

Die Vortruppen des Corps haben in Eilmärschen und unter theilweiser Benützung der Eisenbahn schon am letzten Montag, den 23., die bayerische Stadt Hof erreicht.

Inzwischen haben die Minister der süddeutschen Staaten gemeinsame Berathungen gepflogen, in Folge deren sich der bayerische Minister von der Pfordten über Wien in's preussische Hauptquartier begeben hat, um auch für Süddeutschland Waffenstillstand und Friedensverhandlungen zu erbiten.

(Einberufung des Landtages.) Die beiden Häuser des Landtages der Monarchie sind auf Montag, den 30. d. M. nach Berlin einberufen worden. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei den wichtigen Verhandlungen, welche im preussischen Hauptquartier gepflogen werden, ist kaum zu erwarten, daß Sr. Majestät der König oder der Minister-Präsident Graf Bis marck zur Eröffnung des Landtags nach Berlin kommen können. Dieselbe wird daher vernuthlich im Auftrage Sr. Majestät durch den stellvertretenden Vorsitzenden des Staatsministeriums, den Finanz-Minister Freiherrn von der Heydt, vollzogen werden.

(Deutsches Parlament.) Die preussische Regierung geht mit den Vorbereitungen zur Einberufung eines deutschen Parlaments lebhaft vor.

Abgesehen von Preußen und von den gegenwärtig unter preussischer Verwaltung stehenden norddeutschen Staaten ist die Aufforderung zur Vorbereitung der Wahlen zum Parlament an folgende Staaten ergangen: an Sachsen-Altenburg, Sachsen-Coburg, Sachsen-Weimar, Schwarzburg-Sondershausen und Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß jüngere Linie (Gera), Waldeck, Lippe-Detmold, Schaumburg-Lippe, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz, Anhalt, Oldenburg, Braunschweig, Hamburg, Bremen, Lübeck.

Dem preussischen Landtage wird ein Wahlgesetz für das deutsche Parlament auf Grund des Reichswahlgesetzes vom 12. April 1849 vorgelegt werden.

Inzwischen werden vorläufig Vorbereitungen für die Feststellung der Wahlbezirke bereits getroffen. Nach dem erwähnten Gesetze soll in Wahlbezirken von je 100,000 Seelen je ein Abgeordneter gewählt werden, für einen Ueberschuß von wenigstens 50,000 Seelen ist ein besonderer Wahlkreis zu bilden, ein geringerer Ueberschuß aber unter andere Wahlkreise verhältnißmäßig zu vertheilen.

Bei der nach der letzten Volkszählung ermittelten Summe von 19,255,139 Einwohnern treffen auf den preussischen Staat, mit Einschluß der Provinzen Preußen und Posen 193 Abgeordnete, die sich auf die einzelnen Provinzen so vertheilen: Preußen 30, Posen 15, Brandenburg 26, Pommern 14, Schlessien 35, Sachsen 20, Westfalen 17, Rheinprovinz 35, Hohenzollern 1 Abgeordneter.